

Grußwort

BERTRAM BROSSARDT

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. – begrüße auch ich Sie sehr herzlich zu den vierten Bitburger Gesprächen in München. In der aktuellen politischen Großwetterlage ist der praxisorientierte Austausch zwischen Recht und Wirtschaft wichtiger denn je.

I. Der Trend zur Regulierung

Die Zeichen stehen in vielen Bereichen auf massiver Regulierung, die natürlich viele rechtliche Fragen aufwirft. Dies belegt auch der Koalitionsvertrag der wohl künftigen Bundesregierung sehr deutlich. Wohlgemerkt: Vielen Parteigängern des kleineren Koalitionspartners gehen die vereinbarten Regulierungsschritte noch nicht einmal weit genug, so dass die Koalition am Mitgliederentscheid der SPD noch scheitern könnte. Dabei herrscht der fatale Glaube, dass sich die Unternehmen die geplanten Regulierungsmaßnahmen locker leisten könnten – und im Sinne des Gemeinwohls auch leisten müssten. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall. Was hier geplant ist, ist ein organisierter Rückschritt für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft. Er wird die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen deutlich einschränken, Arbeitsplätze gefährden und damit auch das gesellschaftliche und politische Klima in unserem Land stark belasten.

II. Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands und Bayerns

Völlig irrational erscheint dieser Trend zur Regulierung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes in den letzten zehn Jahren. Denn unsere Erfolgsbilanz kann sich mehr als sehen lassen:

Erstens: Deutschland hat als einziges Industrieland seine starke internationale Stellung in den letzten 20 Jahren gehalten – trotz der gewaltigen Verschiebungen der wirtschaftlichen Dynamik in Richtung Schwellenländer. Das belegt unsere Globalisierungsstudie, die wir im letzten Jahr vorgelegt haben.¹

Zweitens: Deutschland und gerade Bayern zählen heute zu den attraktivsten Standorten weltweit. Das zeigen unsere diesjährigen Standortstudien. Die eine Studie hat zum ersten Mal die industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich mit den 45 wichtigsten Wettbewerbern weltweit bemessen.² Dort landet Bayern auf dem dritten Platz – hinter Schweden und der Schweiz. Deutschland insgesamt steht auf Platz 7. Dieses hohe Standortniveau ist ein Pfund im internationalen Standortwettbewerb.

Es ist ein wesentlicher Grund, weswegen wir anders als andere auf eine starke Industrie als Kern und Motor der Wertschöpfung zählen können:

- So hat Bayern den Anteil der Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung von 23,5 Prozent im Jahr 1995 auf 27 Prozent im Jahr 2012 steigern können.
- Bei den 45 Wettbewerbern Bayerns ist der Industrieanteil geschrumpft – in Summe von 20 auf 16,5 Prozent.

Die andere Studie zeigt, dass die Standortqualität der bayerischen Regionen gut ist.³ Rund 97 Prozent der Unternehmen gaben an, sie würden sich wieder in Bayern niederlassen.

¹ vbw Studie: Globalisierung – Entwicklung der Wertschöpfungsstrukturen 1991 – 2020 (September 2012).

² vbw Studie: Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich (April 2013).

³ bayme vbm Studie: Wertschöpfungsketten in der bayerischen M+E Industrie (Juni 2013).

Drittens: Diese hohe Standortqualität ist ein wesentlicher Schlüssel dafür, dass es uns in Deutschland und Bayern so gut geht. Denn Arbeit und gesellschaftlicher Wohlstand entstehen da, wo Unternehmen erfolgreich wirtschaften können.

Das zeigen wesentliche Zahlen:

- Die Steuereinnahmen sprudeln. So ist das Steueraufkommen zwischen 2001 und 2012 von 446 Milliarden Euro auf 600 Milliarden Euro gestiegen.
- Das Wohlstandsniveau ist hoch. So lag das mittlere monatliche Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland 2012 bei 2990 Euro, in Bayern sogar bei 3123 Euro.
- Und die Ungleichheit hat nicht, wie oft behauptet wird, zugenommen. Im Gegenteil: Seit 2005 geht der Gini-Koeffizient in Deutschland zurück. Das heißt: Die Einkommen gleichen sich wieder an.

III. Risiken der Regulierung

Entscheidend für diesen breiten Wohlstandserfolg ist, dass wir die Arbeitslosigkeit in den letzten zehn Jahren deutlich senken und die Beschäftigung deutlich erhöhen konnten:

- Statt fast 5 Millionen Arbeitslosen haben wir in Deutschland heute noch 2,8 Millionen und statt 10 Prozent Arbeitslosenquote derzeit 6,5 Prozent.

In Bayern liegen wir derzeit bei 3,5 Prozent.

- Vor allem ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen um ein Drittel gesunken.
- Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Oktober erstmals auf über 42 Millionen gestiegen. Vor zehn Jahren waren es deutlich unter 39 Millionen.
- Und, das möchte ich ausdrücklich betonen, wir haben 1,5 Millionen mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Dieser Erfolg war nur durch die Reformen der Agenda 2010 möglich. Diese haben die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt gebracht, die unsere Unternehmen gebraucht haben, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu

steigern. Sie sind ein wesentlicher Grund für den wirtschaftlichen Erfolg, von dem wir heute zehren.

Umso gefährlicher ist es, diese Reformen nun durch eine noch stärkere Regulierung der Zeitarbeit oder durch die Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen in Frage zu stellen, so wie im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Die *Zeitarbeit* ist ein wichtiges Beschäftigungsinstrument – wirtschafts- wie sozialpolitisch:

- Sie schafft die *personalpolitische Flexibilität*, die Unternehmen heute in einem sehr volatilen Markt brauchen. Andernfalls müssten die Unternehmen bei rückläufiger Auftragslage Stammpersonal entlassen – und damit Know-How ziehen lassen.
- Die Zeitarbeit ist *eine anerkannte Branche* mit Tarifverträgen, die eine ordentliche Vergütung und gute Rahmenbedingungen sichern.
- Zeitarbeit ist dabei eine *stabile Brücke* für Arbeitssuchende *in den Arbeitsmarkt*, gerade für die Schwächsten.

Ungefähr zwei Drittel der Zeitarbeitskräfte kommen aus der Arbeitslosigkeit in vollwertige Arbeitsverhältnisse. Sie erhalten beim Einsatz in Kundenbetrieben zudem eine realistische Chance, dort übernommen zu werden.

Und Zeitarbeit qualifiziert – mehr, als es Arbeitslosigkeit tut.

- Die Zeitarbeit ist volkswirtschaftlich ein wichtiger Faktor – als *Motor für Wachstum und Beschäftigung*. Sie ermöglicht bereits zu Beginn eines Aufschwungs Beschäftigungsaufbau.

So wurden im Jahr 2010 drei Viertel der gesamtwirtschaftlichen Produktion von Unternehmen erwirtschaftet, die Zeitarbeit genutzt haben. Etwa jeden siebten Euro haben Zeitarbeitnehmer im Jahr 2010 erwirtschaftet.

Auch *Werk- und Dienstverträge* haben eine wichtige wirtschafts- wie sozialpolitische Funktion:

- Sie dienen der *effizienten Arbeitsteilung* durch Spezialisierung in einer komplexen, flexiblen und arbeitsteiligen Produktionskette, um maximale Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen.

Dabei stoßen sie Innovationen an und stimulieren durch eine verbesserte Arbeitsteilung die Wertschöpfung sowohl in der Industrie als auch im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen.

- Auf der anderen Seite können über Werk- und Dienstverträge auch *einfache Tätigkeiten* und deren Wertschöpfung in Bayern und Deutschland *gehalten werden*.

Zum Schluss noch ein Wort zu flächendeckenden *Mindestlöhnen*. Dass Mindestlöhne mehr Gerechtigkeit bringen, steht in Frage. Dazu fehlen stichhaltige Untersuchungen. Im besten Fall haben Mindestlöhne keine negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Im schlimmsten Fall gefährden sie sehr viele Arbeitsplätze. Denn sie setzen Arbeitsmarktbarrieren gerade für die Schwächsten. Das kann niemand wollen. Denn gerade die Zielgruppe, der mit Mindestlöhnen geholfen werden soll, hätte den größten Schaden. Man kann doch festhalten: In den Ländern, in denen es gesetzliche Mindestlöhne gibt, gibt es höhere Arbeitslosigkeit und insbesondere weniger Chancen für die Jugend.

Fragwürdig ist zudem, dass der Gesetzgeber hier eingreifen will. Das werten wir von Arbeitgeberseite als groben Verstoß gegen die Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft. Denn die Aufgabe der Lohnfindung ist den Tarifpartnern vom Grundgesetz her übertragen. Das ist auch sinnvoll, weil die Tarifpartner am besten wissen, welche Lohnstrukturen die besten Rahmenbedingungen für alle Beteiligten setzen. Vater Staat kann und darf diese Rolle nicht übernehmen.

Meine Damen und Herren,

wir brauchen keine neuen gesetzlichen Hürden. Das gilt auch in anderen Bereiche, in denen ohne Rücksicht reguliert werden soll, sei es

- die Einführung von Frauenquoten,
- die Regulierung von Managergehältern oder
- die Einführung von Anti-Stress-Verordnungen, zu der ich morgen mit Ihnen diskutieren werde.

Zu all diesen Themen ließe sich einiges sagen.

Die Bottom-Line für uns ist: Unsere Unternehmen dürfen nicht staatlicherseits sozialpolitische Aufgaben übertragen bekommen, die nichts mit ihrer eigentlichen Funktion zu tun haben, sondern sie nur daran hindern, wirtschaftlich erfolgreich zu agieren. In der Regel zeigt die Praxis, dass Unternehmen sensibel genug sind, auf gesellschaftliche Veränderungen selbst effektiv und effizient zu reagieren. Das müssen sie aus Eigeninteresse, um im Wettbewerb erfolgreich

sein zu können. Dazu brauchen sie aber keine gesetzlichen Vorgaben, sondern die Freiheit, ihrer Situation entsprechend die richtigen Entscheidungen fällen zu können. Das ist gelebte Soziale Marktwirtschaft. Und das ist zugleich der Weg zum Erfolg.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen interessanten und ertragreichen Kongress.